Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/402
03. 06. 87

Sachgebiet 7

Antrag
der Fraktionen der CDU/CSU und FDP

Lage der deutschen Stahlindustrie

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag beobachtet mit Sorge die krisenhafte Lage in der deutschen Stahlindustrie. Die mangelhafte Absatzlage für Stahl gefährdet durch den nötigen Kapazitätsabbau Tausende von Arbeitsplätzen an den Stahlstandorten; ganze Stahlstandorte sind in ihrer Existenz bedroht: Die Menschen und Arbeitnehmer in den Stahlrevieren sind verunsichert, weil sie um die Zukunft ihrer Arbeitsplätze und damit auch um die wirtschaftliche und soziale Zukunft ihrer Familien fürchten.

Der Deutsche Bundestag unterstützt die Bundesregierung ausdrücklich in ihren politischen Anstrengungen, in der EG eine strikte Beihilfedisziplin durchzusetzen und einen wirksamen Außenschutz gegen Drittlandseinfuhren zu Dumpingpreisen sicherzustellen. Solange der europäische Stahlmarkt von erheblichen Überkapazitäten geprägt ist, muß durch gemeinsame Anstrengungen aller stahlerzeugenden Länder ein Marktgleichgewicht durch Kapazitätsabbau herbeigeführt werden. Er fordert die Unternehmen auf, alle Anstrengungen zu einer sozial verträglichen Bewältigung des Anpassungsprozesses zu unternehmen.

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Die vorhandenen Überkapazitäten in der europäischen Stahlindustrie müssen durch weitere ausgewogene Anpassungsschritte in allen stahlerzeugenden Ländern der Europäischen Gemeinschaft abgebaut werden, damit wieder ein Marktgleichgewicht entsteht. Die Rentabilität der Stahlunternehmen und die dauerhafte Sicherung der Arbeitsplätze sind nur möglich, wenn unrentable und nicht mehr wettbewerbsfähige Anlagen abgebaut werden. Angesichts der hohen Wettbewerbsfähigkeit der Mehrzahl der deutschen Stahlunternehmen erwartet der Deutsche Bundestag, daß der deutsche Anteil an der EG-Stahlproduktion nicht durch Wettbewerbsverzerrungen vermindert wird.

2. Der Deutsche Bundestag fordert die europäischen Stahlfirmen auf, sich erneut im Rahmen von EUROFER darum zu bemühen, eine einvernehmliche Vereinbarung über die Stillegung von Kapazitäten zu treffen.

3. Der Subventionswettlauf in der europäischen Stahlindustrie muß beendet werden, um den Stahlmarkt wieder in einen echten Markt ohne wettbewerbsverzerrende Beihilfen zu überführen.

4. Nur eine Wirtschaftspolitik, die sich aktiv zum Strukturwandel bekennt und die dafür sorgt, daß auch die deutsche Stahlindustrie in einem funktionierenden Markt ihre Wettbewerbsvorteile zur Geltung bringen kann, kann auf Dauer die Zukunft der Mehrzahl der Arbeitsplätze in der deutschen Stahlindustrie sichern. Gefordert ist ein enges Zusammenwirken von Struktur- und Sozialpolitik, nämlich, den unumgänglichen Strukturwandel in der Stahlindustrie durch geeignete soziale Maßnahmen abzufedern und insbesondere die Schaffung neuer Arbeitsplätze zu fördern.

Insbesondere fordert der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auf:

— konkrete Vorschläge zu erarbeiten, durch die die sozialen Maßnahmen nach Artikel 56 Abs. 2 EGKS-Vertrag verbessert und erweitert werden können;

— daran mitzuwirken, daß in den vom Strukturwandel besonders betroffenen Regionen eine hinreichende Zahl von neuen zukunftssicheren Arbeitsplätzen geschaffen werden kann;

— darauf hinzuwirken, unzulässige Subventionszahlungen gemäß dem Beihilfekodex zu unterbinden und Verstöße ggf. vor den Europäischen Gerichtshof zu bringen.

Der Deutsche Bundestag begrüßt in diesem Zusammenhang ausdrücklich, daß die Bundesregierung in der EG durchgesetzt hat, ab 31. Dezember 1985 EG-weit außer Hilfen für Sozialpläne, stahlspezifische Forschung und Entwicklung und für den Umweltschutz keine weiteren Beihilfen mehr zuzulassen.

Alle Unternehmen der Stahlindustrie unterliegen der Mitbestimmung. Der Deutsche Bundestag begrüßt die Initiative der Bundesregierung zur Sicherung der besonderen Regelung der Montanmitbestimmung. Arbeitgeber und Arbeitnehmer sind auf dieser Basis gleichermaßen für die Unternehmenspolitik verantwortlich. Die Verantwortung, welche Kapazitäten aufrechterhalten und welche abgebaut werden, kann ihnen die Politik nicht abnehmen.

Der Deutsche Bundestag appelliert an die Beteiligten, insbesondere die Tarifpartner:

— von ihrer Verantwortung für die Berücksichtigung regionaler und sektoraler Unterschiede — vor allem bei den Energie-, Rohstoff- und Umweltkosten — in den Tarifverhandlungen aktiver Gebrauch zu machen;

— die Modernisierung der Unternehmen energisch durch entsprechende Qualifikationsoffensiven, unbürokratischen Technologietransfer, beschleunigte Umstellung auf neue Technologien und durch Investitionen voranzutreiben;

— durch Investitionen auch in stahlfremden Bereichen Arbeitsplätze zu schaffen, die auf Dauer aus den herkömmlichen Stahlstandorten zukunftsgerichtete Arbeitsmarktregionen machen können.

Der Deutsche Bundestag weist darauf hin, daß

— die deutsche Stahlindustrie in den Jahren 1983 bis 1985 insgesamt über 5 Milliarden DM Umstrukturierungshilfen von Bund und Ländern erhalten hat;

— die erforderliche Anpassung mit hohen öffentlichen Aufwendungen sozial begleitet wird und für die betroffenen Arbeitnehmer günstiger als in anderen Branchen verläuft;

— außerdem über das Arbeitsförderungsgesetz und die Frühpensionierung ausscheidender Arbeitnehmer die sozialen Folgen der Entlassung von Arbeitnehmern erheblich gemindert werden;

— über das Sonderprogramm „Zur Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen außerhalb der Eisen- und Stahlindustrie" (Stahlstandorteprogramm) im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" in den besonders betroffenen Regionen die Schaffung neuer Arbeitsplätze zwischen 1982 und 1986 mit insgesamt rund 250 Millionen DM gefördert wurde;

— das Stahlstandorteprogramm im Rahmen der regionalen Wirtschaftspolitik erneut bis Ende 1989 verlängert wird;

— die Bundesregierung für die Problemregion Saarland in der letzten Legislaturperiode Mittel in Höhe von 103 Millionen DM gezahlt hat. Zudem gewährt der Bund dem Saarland Finanzhilfen für strukturverbessernde Maßnahmen von insgesamt 300 Millionen DM für die Jahre 1985 bis 1987 gemäß Artikel 104 a Grundgesetz;

— zum 1. Juli 1987 die Zahlung des Kurzarbeitergeldes für Stahlarbeiter auf drei Jahre verlängert wird.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, im Rahmen der dargelegten Grundlinien der Stahlpolitik ihren Einfluß geltend zu machen, um den Arbeitnehmern an den besonders betroffenen Standorten bei dem einschneidenden Anpassungsprozeß zu helfen. Er begrüßt, daß durch die bayerische Staatsregierung sorgfältig geprüft wird, ob eine Auffanglösung für die in Konkurs gegangene Maxhütte im Rahmen der dargestellten Möglichkeiten gefunden werden kann. Der Deutsche Bundestag unterstützt die Hilfestellung der Bundesregierung, über die Gemeinschaftsaufgabe sowohl in der Oberpfalz wie auch in den anderen betroffenen Regionen neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Auch SPD und IG Metall haben zu erkennen gegeben, daß sie nicht die Notwendigkeit weiteren Personalabbaus und weiterer Kapazitätsanpassungen in der Stahlindustrie verneinen. Der Deutsche Bundestag erkennt diese Bereitschaft zur konstruktiven Haltung ausdrücklich an. Der Deutsche Bundestag lehnt jedoch

das von der IG Metall vorgetragene Konzept zur Vergesellschaftung der Stahlindustrie ab. Die Verantwortung für die Geschäftspolitik der einzelnen Unternehmen muß bei den mitbestimmten Aufsichtsräten und den Vorständen der Unternehmen verbleiben. Der Staat kann nicht zum Träger der Verluste einer gesamten Wirtschaftsbranche im Strukturwandel werden. Er kann eine solche Entwicklung nur struktur- und sozialpolitisch flankieren und Härten vermeiden helfen. Die Erfahrungen in vielen EG-Nachbarländern zeigen zudem, daß die Verstaatlichung oder Vergesellschaftung nicht vor struktureller Anpassung mit Arbeitsplatzabbau bewahren; vielmehr gingen dort z. T. weit mehr Arbeitsplätze verloren als bei uns, weil die verstaatlichten Unternehmen sich als weniger wettbewerbsfähig erweisen als unsere unternehmerisch geführten Stahlgesellschaften.

Bonn, den 3. Juni 1987

Dr. Dregger, Dr. Waigel und Fraktion

Mischnick und Fraktion

Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Telefon 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51
ISSN 0722-8333